

DGB und Gewerkschaften zu Ostern 2020

Für Frieden und Solidarität! Den Rüstungswahnsinn stoppen!

Am 8. Mai vor 75 Jahren wurde Europa von Faschismus und Krieg befreit. Heute sind beide Gefahren wieder bedrohlich aktuell. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Baden-Württemberg und seine Mitgliedsgewerkschaften treten ein für eine friedliche und gewaltfreie Gesellschaft. Auf internationaler Ebene muss die Antwort auf Aufrüstung und Aggression Völkerverständigung und Abrüstung heißen. Wir sind überzeugt: Krieg kann im 21. Jahrhundert mit einer solidarischen Politik überwunden werden! Ideologien, Macht- und Gewinnstreben dürfen nicht triumphieren.

Was für grausame Folgen Terror und Krieg haben, müssen die Menschen in Syrien, im Jemen und in vielen anderen Regionen schon seit Jahren erleben. Kinder wachsen auf, die nichts anderes kennen als den mörderischen Krieg. Ganze Generationen werden traumatisiert.

NATO-Mitgliedstaaten arbeiten gegeneinander anstatt zusammen. Europa versagt eklatant bei der Krisendiplomatie und beim Schutz von Geflüchteten. Das Unvermögen, sich auf eine gemeinsame Flüchtlingspolitik zu verständigen, hat zu der neuerlichen Katastrophe an der türkisch-griechischen Grenze geführt. Der türkische Potentat Erdogan setzt auf Eskalation. Er benutzt schutzlose Menschen als Spielball für seine Machtinteressen. Und Europa ist nicht einmal zu wirkungsvollen humanitären Gesten bereit. Das ist eine Schande.

Friedenspolitik ist auch Umweltpolitik

Militär und Kriege sind mit die schlimmsten Klimakiller. Deshalb ist Friedenspolitik auch Umweltpolitik. Besonders betroffen von den Folgen des Klimawandels ist der globale Süden. Wegen des Schwindens der natürlichen Lebensgrundlagen sind noch mehr kriegerische Auseinandersetzungen zu befürchten. Der globale Norden trägt hierfür eine Mitverantwortung. Mit Waffenexporten und einer unsolidarischen Handels- und Wirtschaftspolitik befördern die Industrieländer die Schärfe der Konflikte.



Atomares Wettrüsten stoppen!

Knapp 15.000 Atomwaffen werden weltweit bereitgehalten. Der Einsatz auch nur eines Bruchteils dieser Waffen würde das Ende der Menschheit bedeuten. 93 Prozent aller Atomwaffen gehören den USA und Russland. 2019 kündigten erst die USA und danach Russland den INF-Vertrag, der seit 1987 die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in Europa verbot. Ein neues atomares Wettrüsten ist in vollem Gange.

Konfrontation ist der falsche Weg

Statt angesichts dieser Situation für Entspannung und Abrüstung zu sorgen, setzen die NATO-Staaten erneut auf Konfrontation. Ein neu eingerichtetes Logistikkommando in Ulm soll schnelle Truppentransporte an die russische Grenze ermöglichen. Im Frühjahr 2020 wird unter Beteiligung von 16 NATO-Staaten das gigantische Manöver „Defender 2020“ stattfinden, das von der US-Kommandozentrale EUCOM in Stuttgart koordiniert wird. Wir sagen Nein zu militärischen Muskelspielen, die aus Baden-Württemberg heraus gesteuert werden.

Rüstungsausgaben erreichen neue Rekordwerte

Gleichzeitig wird verstärkt aufgerüstet. 2020 werden die deutschen Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien die Schallmauer von 50 Milliarden Euro übersteigen. Damit erfährt der Rüstungshaushalt erneut die höchste Steigerungsrate aller Ausgaben des Bundes. Die deutschen Rüstungsexporte erreichten 2019 einen neuen Rekordwert.

Was muss getan werden?

- Abrüsten statt aufrüsten! Statt mehr Geld in Waffen und Militär zu pumpen, sollte Deutschland mehr in Bildung, Gesundheit, ein solidarisches Sozialsystem und die Bekämpfung von Fluchtursachen wie Armut und Umweltzerstörung investieren.
- Beendet den atomaren Wahnsinn! Deutschland sollte dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten. Das Atomwaffenverbot muss durchgesetzt werden.
- Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik weltweit! Humanitäre Hilfe muss Vorrang haben vor militärischer Intervention. Europa muss darauf dringen, dass das Asylrecht eingehalten wird.
- Konversion von Rüstungsunternehmen und militärischen Liegenschaften! Konversionsprojekte müssen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen entwickelt werden.
- Keine Werbung für die Bundeswehr in Schulen!
- Rechtsextremen Verdachtsfällen in der Bundeswehr muss konsequent nachgegangen werden! Sie sind kein Randphänomen. Offizielle Zahlen gehen von 550 Fällen aus. Aufklärung und Prävention müssen verstärkt werden.

